

Simburger Anzeiger

Taglich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Preishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktage).
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einschließlich Postbefreiung oder Beleglohn.
Lieferung Nr. 22. — Postfach 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Gegr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Gesamthausbesitzer: Hans Knieß
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Einzelnenpreis: die halbpalme 8-Millimeterzeile oder deren Raum 50 Hg. Die 91 mm breite Reklamzeile 1.50 Mk.
Anzeigen-Nachnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 90

Limburg, Mittwoch den 21. April 1920.

83. Jahrgang

Die Schande von Eupen-Malmedy.

Es liegt eine tiefe Tragik für das deutsche Volk in der Tatsache, daß es bei der Riesengröße des über Deutschland hereingebrochenen Unglücks nicht einmal verhindern kann, daß dieses Unglück sich noch Tag für Tag weiter vergrößert. Gleich einer offen schwärmenden Wunde zehren die Rote deutscher Landsleute in West und Ost, die nach dem mitleidlosen Gebot von Versailles einer Abstimmung über ihre künftige Staatszugehörigkeit unterworfen worden sind, am deutschen Volkskörper und während es der heiße Wunsch des deutschen Volkes wäre, diesen bedrohten Gebieten und ihrer in tiefer nationaler Bedrängnis lebenden Bevölkerung wenigstens nach Möglichkeit moralische Unterstützung und das Gefühl zu vermitteln, daß ganz Deutschland an ihrem Geschick herzlichen Anteil nimmt, hindern die schweren Räte des Tages daran, dazu Mittel und Wege zu finden. So ist z. B. die deutsche Öffentlichkeit erst jetzt dahin gelangt, sich mehr als bisher mit der Lage in Eupen und Malmedy zu beschäftigen, nachdem in die deutsche Presse die Meldung gekommen ist, daß die dortige Bevölkerung als Demonstration gegen belgische Vergewaltigung einen zunächst zweitägigen Generalstreik proklamieren werde. Die Reichsregierung hat zu Anfang dieses Monats, was gleichfalls nicht genügenden öffentlichen Widerhall fand, in Paris eine dringliche Note überreichen lassen, die sich mit den Dingen in Eupen und Malmedy sowie mit dem Plane beschäftigte, die Bahnlinie im Kreise Monchau und das weithin davon gelegene Gelände Belgien zuzuwenden. Die Nationalversammlung wird auf Grund einer diesbezüglichen Interpellation die Dinge gleichfalls behandeln, und hoffentlich wird man sich im Reich nach alledem endlich über den doch immerhin nicht unerheblichen Umstand klar, daß nicht verhehrt ist, als Eupen und Malmedy schon als verloren zu betrachten. Selbst der Völkerbundrat kann nicht einfach darüber zur Tagesordnung hinweggehen, daß im ganzen Kreis Eupen nur 98 Ballonen leben und im Kreis Malmedy unter 37.000 Einwohnern nur ganze 7.000, und selbst diese zeigen wenig Vorliebe für Belgien, wie die Belger selbst zu ihrem Leidwesen erfahren mußten. Nun entfällt der Friedensvertrag die ungeheuerliche Bestimmung, daß die Abstimmungslisten öffentlich ausgelegt werden müssen, und alle diejenigen, die sich nicht genug gefürchtet haben, ihre deutsche Gesinnung zu bekunden, führen seitdem ein Leben schmerzlicher Transfizierung durch die Belger. Der jehige Demonstrationsstreik ist ein Versuch, das Referendum wenigstens etwas mehr zum Ausdruck der wirklichen Volksmeinung zu machen, und daß dieser Streik unter Beteiligung aller Bevölkerungsklassen dieses Ziel anstrebt, ist allein schon der beste Beweis für die wahre Gesinnung der Einwohner. Doch es zu dem Beschluß des Streikes überhaupt kommen konnte, zeigte wie elementar die Gegenbewegung gegen die Belger bereits geworden ist. Es handelt sich um einen Ausbruch der Verzweiflung, und das deutsche Vaterland hat die hohe Pflicht, diesen Notruf der ganzen Welt zu Gehör zu bringen.

Zuspitzung der Lage in Oberschlesien.

Paris, 19. April. (W.B.) In der Streikangelegenheit ist heute die Entscheidung gefallen. Die Streikleitung hat den Zementarbeitern ein Telegramm mit der Aufforderung, auszuharren. Morgen werden die Gruben- und Hüttenarbeiter in den Streik treten. Der Bund der technischen Industriellen Beamten wird sich ebenfalls anschließen. Die kaufmännischen Angestellten werden morgen beraten, ob sie in den Streik treten werden und dann wahrscheinlich als Dienstag die Arbeit niederlegen. Die Franzosen drohen den Eisenbahnern, falls sie den Eisenbahnbetrieb stilllegen, die Grenzen zu öffnen und die polnischen Truppen hereinschleusen. Es stehen tatsächlich starke polnische Heeresmassen an der Grenze von Polen nach Galizien. Die polnische Berufsvereinigung, die den polnischen Mittelstand vertritt, und in der Korstantz Führer war, wendet sich von der Politik ab und steht geschlossen hinter den Deutschen. Das schließliche Ausreten der Arbeiter hatte insofern schon Erfolg, als der französische Kommandant die Offiziere, die sich an der Verhandlung beteiligt haben, veranlaßt, sich zu entschuldigen. Es wurde den Verhandlungen ein Schmerzensgeld von 1000 Mark bzw. 3000 Mark gewährt.

Die Forderungen der Arbeiter.

Düsseldorf, 19. April. (W.B.) Die Beamten und Arbeiter fordern, daß von der Einführung des Wahzwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um der Abstimmung vom 1. Mai im Reich vorzubeugen, außerdem Beteiligung an den Wahlen zum Reichstag und Landtag und an der Wahl des Präsidenten sowie die Einführung des Betriebsratsgesetzes.

Kein Grund zum Optimismus.

Berlin, 20. April. Die Lage in Oberschlesien hat eine Entspannung erfahren, nachdem die internationalisierte Kommission beschlossen hat, das Betriebsratsgesetz auch in Oberschlesien in Kraft treten zu lassen. Damit entfällt der Grund, den Generalstreik der Arbeiter. Auseinandersetzungen darüber sind jedoch der Angelegenheit, der lediglich wirtschaftlicher Natur ist, und der Streik der Richter, der entstanden war. Dieser Streik trägt nationalen Charakter. Die aus dem Ergebnis kein Optimismus. Die letzten Wochen, nämlich, haben das Deutschland außerordentlich gestärkt und auch zum Teil in solchen Kreisen Eindruck gemacht, die nicht recht wollen, daß sie sich für Deutschland oder Polen entscheiden.

Abstimmungsvorbereitungen in Ostpreußen.

Altenstein, 19. April. (W.B.) Im Anschluß an die von der internationalisierten Kommission in Allenstein veröffentlichten Abstimmungsbedingungen für Ostpreußen gibt der Ostpreussische Heimatsdienst, Abteilung für Volksabstimmung in Carlshof bei Rastenburg bekannt, daß für alle Abstimmungsberechtigten in Ostpreußen und im Reich, die sich bereits in Carlshof oder bei den von Carlshof beauftragten Stellen im Reich zur Abstimmung gemeldet haben, die Anmeldung bei den Abstimmungsausschüssen ihrer Heimatgemeinden sich erübrigt. Die Eintragung in die Stimmlisten wird von Carlshof beantragt. Die betreffenden Stimmberechtigten im Reich erhalten über die erfolgte Eintragung einen schriftlichen Bescheid, der ihnen gleichzeitig als Reiseausweis dienen soll. Ein weiterer Ausweis ist nach der Abstimmungsverordnung der Kommission nicht erforderlich.

Die polnischen Pläne in Danzig.

Warschau, 19. April. (W.B.) Am 16. und 17. April fanden Besprechungen statt zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahnminister, dem Postminister, dem General Haller und Sir Reginald Lower über das deutsch-polnische Abkommen. Sobald die Wahlen für die Konstituante beendet sind, hat die Stadt Danzig einen Entwurf auszuarbeiten, der in Uebereinstimmung mit dem im Januar von Sir Reginald Lower eingereichten Projekt geprüft werden wird. Ferner wird die Frage der Verteilung des deutschen Staatsgutes zwischen Polen und Danzig erörtert. Die Frage des Baues eines großen Hafens wird dieser Verteilung untergeordnet. Da die Mächte hierüber keine Entscheidung getroffen haben, wurde beschlossen, daß die polnische Regierung in Paris Schritte unternehme, um zu einer raschen Entscheidung zu gelangen. Man erwäge die Umgestaltung oder auch Auflösung der Sicherheitswehr, was für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten notwendig sei. Sir Reginald Lower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein bedrohtes der Hafen Polens werden müsse, zunächst als Handels- und dann als Kriegshafen. Die polnischen Vertreter wünschen, mit Danzig die besten Beziehungen zu unterhalten. Polen wird die Versorgung Danzigs bis zur nächsten Ernte übernehmen.

Die Reichswehr räumt das Ruhrgebiet.

Der Minister des Innern Severing erklärte einem Mitarbeiter der P.P.R., die Räumung der Truppen aus dem Ruhrgebiet habe begonnen. Er sah werde wohl erforderlich erscheinen, der von der grünen Polizei gestellt werde. Er halte es für das Zweckmäßigste, wenn bald eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vermehrung müsse eine wirkliche demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Die ersten Schritte dazu seien getan. Die kompromittierten Führer der Abteilungen und Hundertschaften würden unannehmlich entlassen. Tüchtige Beamte im Unteroffiziersrang würden befördert. Den Abteilungsstellen würden Zivilkommissare beigegeben. Zu den verschiedenen Aufgabengebieten erklärte der Minister, er halte diese Gebiete für übertrieben. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Abklärung im Ruhrgebiet sehr unbefriedigend gewesen sei.

Die Franzosen vor dem Rückzug.

Paris, 19. April. (W.B.) Der „Matin“ meldet aus Frankfurt a. Main, die französische Kavallerie, die die Zone bedeckt habe, die sich vom Bräutkopf von Mainz ausdehne, sei zurückgezogen worden. Es verblieben nur noch einige Dragoner in Hanau. Überall entdeckte man die Anzeichen dafür, daß die Franzosen ihren Rückzug vorbereiten und sie nicht mit einer längeren Besetzung rechnen.

Holz.

Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Dresden: Aus Prag wird berichtet, daß eine sächsische Kommission, die in Eger eingetroffen ist, Holz aus den Rastbergschneidern von Falkenstein identifiziert hat. Das Berliner Tageblatt meldet aus Dresden, daß die sächsische Regierung heute nachmittag das Auslieferungserlangen wegen Holz bei der Tschechoslowakei gestellt hat.

Folgen des Rapp-Putsches für die Landwirtschaft.

In welch starkem Maße unsere Landwirtschaft mittelbar unter den Folgen des Rapp-Putsches zu leiden hat, zeigte unzweideutig eine Besprechung der Längerangelegenen im Preussischen Landwirtschaftsministerium. Der Vertreter des Reichslandrats erklärte: „Es sei außerordentlich bedauerlich, daß durch den Rappischen Aufstand die Rastbergschneidern der Gebiete Brandenburg, Mecklenburg und der Provinz Sachsen sowie Anhalt — nachdem Pommern, Schlesien und die nordwestliche Mark bereits hinreichend, teilweise sogar voll beliefert waren —, jetzt zu spät kommen werde.“ Der Sachverständige aus dem Gebiete der Stickstoffindustrie gab seiner Meinung wie folgt Ausdruck: „Es ist uns gelungen, in den letzten Monaten die Abtransporte von Stickstoff ganz außerordentlich zu steigern. Wir haben im Dezember 26.000 Tonne, alle diese Zahlen beziehen sich auf Stickstoff ohne Kalk, im Februar 41.000 Tonne, und wir hätten erwarten dürfen, daß wir im März fast doppelt soviel herausbringen konnten wie im Dezember, wenn dieser wahnwitzige Umsturzversuch mit seinem Eingreifen in das Wirtschaftsleben nicht erfolgt wäre.“

Die Wahlen der Reichsratsmitglieder.

Berlin, 19. April. (W.B.) Der Landesversammlung geht heute ein Gesetz über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen zu. Die Wahlen der Reichsratsmitglieder erfolgen danach in den

einzelnen Provinzen durch Provinzialversammlungen, in Berlin durch den Magistrat. Jeder Provinzialauswahl hat ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. Gewählt werden können alle Staatsbürger, die seit drei Jahren in der Provinz wohnen und das 35. Lebensjahr erreicht haben.

Vertagung der Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein.

Berlin, 19. April. Wie bereits gemeldet, soll die Vornahme der Wahlen in ganz Ostpreußen und im ganzen Oberschlesien solange vertagt werden, bis die Volksabstimmung in allen Teilen der Provinzen abgeschlossen ist. Neuerdings verlautet auch, daß dieselbe Absicht bezüglich Schleswig-Holsteins bestehe, falls in der zweiten Zone noch gewählt werden darf.

Wahlen in der Pfalz.

Bei den Stadtratswahlen in der Pfalz, die am Sonntag stattfanden, beteiligten sich circa 50-60 Prozent der Wahlberechtigten. Gewählt wurden in Ludwigshafen 7 Deutsche Volkspartei, 5 Mehrheitssozialisten, 4 Zentrum, 4 Demokraten, 12 Unabhängige; in Landau 9 Deutsche Volkspartei, 8 Zentrum, 6 Mehrheitssozialisten, 5 Demokraten, 2 Parteiloze; in Neustadt an der Saar 8 Mehrheitssozialisten, 7 Demokraten, 7 Deutsche Volkspartei, 5 Zentrum, 3 Unabhängige, 2 Parteiloze; in Hagenbach 12 Mehrheitssozialisten, 5 Zentrum, 4 Unabhängige, 4 Bürgervereinigungen, 3 Demokraten, 3 Deutsche Volkspartei, 2 Parteiloze; in Speyer 12 Unabhängige, 9 Mehrheitssozialisten, 8 Zentrum, 4 Demokraten, 4 Deutsche Volkspartei; in Pirmasens 8 Unabhängige, 7 Deutsche Volkspartei, 5 Demokraten, 5 Zentrum, 5 Mehrheitssozialisten, in Kaiserslautern 12 Unabhängige, 9 Deutsche Volkspartei, 7 Mehrheitssozialisten, 6 Zentrum, und 6 Demokraten.

Erzberger vom Zentrum fallen gelassen.

Das Berliner Tageblatt verlautet, daß der Reichsauswahl des Zentrums sich gestern mit überwiegender Mehrheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzbergers ausgesprochen habe.

Deutschnationale Parteiführer.

Berlin, 19. April. Die „Tägliche Rundschau“ erhält eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Das stärkere Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der Deutschnationalen Partei und deren Einflußnahme auf die Entwicklung der Partei veranlaßt uns zu folgender Erklärung: „Wir stehen vorbehaltlos auf verfassungsmäßigem Boden. Eine Aenderung der Verfassung darf nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch, ein gewaltsamen Aenderung der Verfassung aufzujagen. Wir treten ein für die Verwirklichung der von uns abgeordneten Stresemann ausgesprochenen, aber vom Grafen Helldorf in der „Kreuzzeitung“ abgelehnten Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit den Mehrheitssozialisten, sofern sie sich streng in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksvermehrung von ihrer Machtstellung mit Wahrung Gebrauch machen. Wir halten dafür, daß die staatliche Sozialisierung nach neuerlicher Regelung des Verhältnisses zwischen den Unternehmern der Betriebe sowie den Arbeitern und Angehörigen mit dem Ziel einer ausgeprägten Interessengemeinschaft zur Durchführung der bereits bestehenden Arbeitergemeinschaften führen kann. Das wäre zu einer einheitlichen Volksgemeinschaft für die Wiederherstellung des zusammengebrochenen Vaterlandes unerlässlich. Doch ist Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles: Das Zusammenwirken der Parteien auf militärischer Linie, das uns besonders am Herzen liegt. Wenn wir auch wissen, daß unsere Auffassung von vielen und auch von leitenden Männern der Deutschnationalen Volkspartei geteilt wird, so haben wir doch mit Bedauern feststellen müssen, daß einflussreiche Persönlichkeiten, und vor allem die der Partei nahestehende Presse, einen gemeinsamen Standpunkt vertreten. Nachdem uns von der Deutschen Volkspartei die Gewissheit gegeben ist, daß diese unsere Auffassung in ihren Reihen ungeteilte Zustimmung findet, lösen wir unsere Beziehungen zur deutschnationalen Volkspartei und treten zu der ihr nahestehenden Deutschen Volkspartei über.“

ges. Tr. Otto Arendt
v. Dewitz
v. Rardorff,

Reisefest.

Berlin, 18. April. Im „Vorwärts“ veröffentlicht der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Aufruf zur Reisefest, die jetzt als ein Schrei nach Recht durch die ganze Welt hallen müsse. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat einen Antrag eingebracht, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 19. April. (W.B.) Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung schloß sich in den heute beendeten Beratungen über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat den Beschlüssen des Unterausschusses an, wonach der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 328 Mitgliedern im folgenden Zusammensetzung besteht: 68 Vertreter der Landwirtschaft, 6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei, 68 Vertreter der Industrie, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 34 Vertreter des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen, 36 Vertreter des Handwerks, 30 Vertreter der Verbraucherschaft, 16 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landestheile besonders vertraute Persönlichkeiten, die vom Reichsrat zu ernennen

sind, und 12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Persönlichkeiten, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes besonders gefördert haben, oder zu fördern besonders geeignet sind.

Die neue Sozialisierungskommission.

Berlin, 17. April. Die Regierung hat unmittelbar nach dem Abkommen die erforderlichen Schritte getan, um eine Kommission zu bilden, die die Möglichkeit der Sozialisierung einzelner Industrien zu prüfen, Vorschläge mit den in Frage kommenden Instanzen abzuhalten und die in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern dann der Regierung Vorschläge zu machen hat. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, werden die Mitglieder der alten Sozialisierungskommission bis auf einige wieder ihr Amt übernehmen. Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ ist in den letzten Sitzungen der bisherigen Kommission beschlossen worden, als Vertreter der Unternehmer den Geh. Oberregierungsrat Wiedfeld, Karl Friedrich v. Siemens, Melchior, Walter Rathenau, und Adolph Braun-Nürnberg in die Kommission hineinzuführen. Auch die Gewerkschaften werden eine Anzahl Vertreter in diese Körperschaft entsenden. So werden von der Gewerkschaftskommission aller Wahrscheinlichkeit nach Cohen und Wiffell, von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände Kaufmann delegiert werden. Auch die Hirsch-Dunderschen und Christlichen Verbände werden in der Sozialisierungskommission vertreten sein, ob ich bis jetzt noch nicht bekannt, wer für diese Arbeiterverbände erschieben wird. In den nächsten Tagen wird die neue Sozialisierungskommission unter dem Vorsitz Kaufmanns zusammentreten. Das Kabinett wird die Zusammenfassung der Sozialisierungskommission dann zu beauftragen haben.

Die Uebernahme des Verkehrswesens durch das Reich.

Berlin, 19. April. Der Nationalversammlungsausschuß für die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich stimmte heute dem Staatsvertrage zu. Vertreter aller Parteien erhoben scharfe Bedenken insbesondere gegen die Einzahlungen zu zahlenden Beträge. Unter vielseitiger Zustimmung bezeichnete ein Redner das Ganze als einen Raubzug der Länder auf die Kassen des Reiches. Aus politischen Gründen wurden jedoch die Bedenken zurückgestellt und der Antrag angenommen, bei dem Einzeländerungen nicht zulässig waren. Die Schlussabstimmung wurde bis nach Beendigung der Finanzdebatte im Haushaltsausschuß zurückgestellt.

Neubesetzung von Staatsstellen in Pommern.

Berlin, 19. April. Die „Post“ meldet aus Stettin, daß bei Besprechungen des Stettiner Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten mit der Regierung beschlossen wurde, die Stettiner Sicherheitspolizei durch organisierte Arbeiter bedeutend zu verstärken. Sieben Landräte, die sich nicht als zuverlässig genug erwiesen, sollten in den nächsten Tagen abberufen werden. Für die Regierungsbezirke Stralsund, Stettin, Rügen sollen Kommissare mit entsprechenden Vollmachten des Oberpräsidenten amtiert.

Die Sparprämienpropaganda.

Berlin, 20. April. Der Hauptauschuß der Nationalversammlung hat sich mit der Propaganda für die Sparprämienanleihe beschäftigt, wobei der Berichterstatter Dr. Haas ziemlich scharf vorgegangen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt nun noch Einzelheiten, denen zufolge die verschiedenen in Betracht kommenden Stellen unter Ausschaltung der elementaren Anforderungen des geschäftlichen Verfahrens aneinander vorbeigearbeitet hätten. Aber der Verdacht weitgehender Korruption liegt nahe. Manche Firmen und Einzelpersonen hätten sich schon bereitgefunden, zuviel erhaltene Beträge zurückzugeben so zum Beispiel die Druckereifirmen Möser und Dietrich Reimer, ferner der Komponist Maas, der für die Genehmigung daß ein von ihm komponiertes Lied in den Ingefallungs gespielt und gesungen wurde, die Summe von 400 000 Mark erhalten habe.

Die Einwohnerwehren.

Die deutsche Regierung hat in einer längeren Note an den Vorsitzenden des internationalen Ueberwachungsauusschusses ihre Stellung bezüglich der Einwohnerwehren nochmals dargelegt, insbesondere betont, daß die Note der Entente, die die Einwohnerwehren verbietet, von falschen Voraussetzungen ausgeht. Es wird nochmals gründlich der völlig unmit-

telliche Charakter der Einwohnerwehren dargelegt. Am Schluß heißt es: Bedinglich dem unter Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse aufgewandten Trude der alliierten Regierungen weidend hat sie sich namentlich entschlossen, die Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form zu veranlassen. Die deutsche Regierung vermag aber nicht anzuerkennen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingen, der Bevölkerung jede Möglichkeit des unter den angegebenen Verhältnissen bis auf weiteres unbedingt nötigen Selbstschutzes zu verweigern.

Mißglückter Plan einer Räterepublik.

Der Unabhängige Kieler Führer, Hansen, enthielt in einer Versammlung in Rendsburg, daß die Kieler Unabhängigen in den Tagen der Rappunruhe im März nach dem Siege über das reaktionäre Militär im Begriff gestanden hätten, auf dem Marktplatz in Kiel eine Räterepublik Schleswig-Holstein auszurufen, daß ihm aber die Führer der Mehrheitssozialdemokraten in die Arme gefallen seien. Hansen bedauerte, daß es nicht zur Ausrufung der Räterepublik, von der er sich einen Ansporn auf den Rätegedanken in Rheinland, Westfalen, Sachsen und Thüringen versprochen, gekommen sei. Er machte bei der Gelegenheit auch Mitteilung von dem Stärkeverhältnis innerhalb der Kieler Sozialdemokratie; die Mehrheitssozialdemokraten zählen danach 16 000 eingeschriebene Mitglieder, die Unabhängigen 3500 und die Kommunisten 500.

Der Gefangenenaustausch mit Rußland.

Berlin, 19. April. (M.D.) Wie die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, ist das Abkommen mit der russischen Sowjetregierung über den gegenseitigen Gefangenenaustausch am 19. April unterzeichnet worden. Das Abkommen tritt nach Ratifizierung durch die Regierungen beider Staaten in Kraft.

Millionenspende des Papstes für deutsche Kinder.

Wie aus Breslau gemeldet wird, sind durch den Papst Benedikt XV. dem Kardinalbischof Vertram in Breslau eine Million Lire für langsame und nolleidende Kinder in den deutschen Diözesen zugewiesen worden. Die Einlösung ergab einen Betrag von 4 534 000 Mark. Diese Summe ist in zwei Raten unter die Diözesen von ganz Deutschland aufgeteilt worden, und zwar nach der Seelenzahl unter Berücksichtigung besonderer sozialer Verhältnisse.

Die Viehlieferungen an den Verband.

Die Köln. Volkszeitung macht Mitteilung von einer Erhöhung der Preise für die an den Verband abzuliefernden Tiere, und zwar bezieht sich diese Erhöhung, die durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichsproduktionsministerium und dem Reichsfinanzministerium möglich geworden ist, nicht nur auf Pferde, sondern auch auf die Viehpreise. Die Preise sind wie folgt festgesetzt worden:

		früherer Preis	zukünft. Preis
a. Pferde:	1½ jähr. Stuten	10800 „	14000 „
	2½ „	14400 „	18000 „
	3 jähr. u. alt. Stuten	16800 „	20-25000 „
	Denarste	36000 „	36000 „
b. Rinder:	Rübe	3960 „	5500 „
	Tragende Färren	3960 „	5500 „
	Jungstüder	1800 „	2500 „
	Bullen	4200 „	5500 „
c. Schafe:	Vollreife Milchschafe	600 „	800 „
	offiziellreife	600 „	800 „
	alle anderen Schafe	540 „	540 „
	Schafböcke Merino	3000 „	3000 „
d. Ziegen:	alle and. Schafböcke	1800 „	1800 „
	Ziegen	540 „	650 „
e. Geflügel:	Böde	540 „	650 „
	Hühner	48 „	48 „
	Hühner	60 „	60 „

Wahlergebnisse in der Tschecho-Slowakei.

Nach einer Wolff-Meldung aus Prag waren bis zum gestrigen Abend in 146 Wahlkreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 153 Abgeordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbelegt. Es erhielten von den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 6, die Sozialdemokraten

23, die Deutsch-Demokratische Freipartei 2 und die Deutsche Wahlgenossenschaft 8 Stimmen, insgesamt also 43 Mandate. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 12, die Nationalsozialdemokraten 17, die Sozialdemokraten 44, die Agrarier 21, die Gewerbetreibenden 1, die Volkspartei 14 und die Moderat-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

Die Verteidiger von Raubwege vor Gericht.

Paris, 19. April. Heute begann vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen sieben französische Offiziere wegen der Kapitulation von Raubwege am 28. September 1914. Sie sind angeklagt, weil sie vor dem Feinde ihren Posten verlassen haben.

England und Rußland.

Kopenhagen, 19. April. (M.D.) Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge meldet das Volksbewusstsein „Prawda“: Das englische Ministerium des Äußeren hat an den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschicherin, ein Telegramm geschickt, worin die englische Regierung fest zugeht, daß Denikin endgültig geschlagen ist. In dem Telegramm wird die Regierung aufgefordert, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, die militärischen Operationen in Südrussland einzustellen sowie eine allgemeine Amnestie zu veranlassen. In seiner Antwort erklärt Tschicherin, daß die Verpflichtungen Englands gegenüber den zaristischen Rußland mit der Niederlage Denikins aufgehoben haben. Zwischen Rußland und England müßten nun Beziehungen angeknüpft werden.

Die Heereskräfte der Welt.

Sir A. Williamson hat in den englischen Parlamentsdrucken Ende März folgende Heereskräfte angegeben: Frankreich 350 000, Schweden 328 000, Italien 250 000, Vereinigte Staaten 242 000, Rumänien 230 000, Deutschland 200 000 (ab 10. Juli 100 000), Griechenland 200 000, Spanien 190 000, Jugoslawien 170 000, Tschecho-Slowakei 150 000, Schweiz 140 000, Norwegen 138 500, Niederlande 137 600, Belgien 100 000, Dänemark 86 400, Bulgarien 44 000, Ungarn 35 000, Portugal 35 000, Türkei-Deutsche 30 000.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg den 21. April 1924

(-) Silberne Hochzeit. Die Eheleute, Herr Schneidermeister und Gastwirt Peter Josef Wirth und Frau Hildegard, fahnding in der Barfüßerstraße, begehen am Georgstag, 23. April, ihre Silberne Hochzeit.

(-) Frühjahrswitterung. Nach der sehr warmen Witterung der letzten Tage, die uns einen vollen Frühling brachte, ist infolge verschiedentlich aufgetretener Witterung jetzt eine merkliche Abkühlung eingetreten. Ein Witterung mit Hagelercheinung, die sich besonders trübsam unteren Lahnthal bemerkbar machte, zeitigte auch der ganze Abend.

Verein ehemaliger Kriegsgefangener. Unter dem Vorsitz des Herrn Lehrers Grim, Limburg, tagte am vergangenen Sonntag im Restaurant „Stoll“ die erst kürzlich gebildete Ortsgruppe der Reichsvereinigten ehemaliger Kriegsgefangener von Limburg und Umgegend. Nachdem Herr Grim einen Ueberblick über die Tätigkeit und Ziele der Kriegsgefangenenvereinigungen gegeben hatte, kam man zu der Erkenntnis, daß nur ein schloßenes und festes, sicheres Vorgehen den gerechten Forderungen der Kriegsgefangenen nützen könne. Man beschloß deshalb die Angliederung an die Reichsvereinigungen. Kriegsgefangener und empfahl eine rege Tätigkeit unter Heimgeliebten. Es liegt nun im eigenen Interesse der heimgekehrten Kriegsgefangenen, sich den bestehenden Gruppen anzuschließen. Anmeldungen unter Beifügung von 1 Mark Monatsbeitrag sind zu richten an Herrn Herrn Malbaner, Limburg, Tomplatz 6.

Kolonialgesellschaft. Nachdem der dem angelegte Vortragsabend der Kolonialgesellschaft durch Vortragsführungen in Folge der Befestigung Frankfurt am im letzten Augenblick abgefragt werden mußte, ist es in Abteilung Limburg gelungen, einen anderen Redner, dem unbefehlten Gebiet für Dienstag, den 27. April, gewinnen, wobei man freilich darauf bauen muß, daß etwa wieder ein unvorhergesehenes Hindernis, Verhinderung, alle Vorbereitungen über den Haufen wirft. So wird Herr Dr. med. Van aus Bildungen über Kultur und Kultus in China sprechen. Gängig der Gegenstand

Mit einer weltmännischen Verbengung trat er zu und sagte beifühend:

„Warum gehst du nicht weiter? Genier' ich dich leicht? Du bist doch allein — ohne den vornehmen Stigam — es hat keiner gesehen, daß der Anblick einer abgetanen Sache, wie ich bin, dich erschreckte. Oder fährst du dich vor mir?“

Serena kachte einen Augenblick, aber dann überwand sie das Glid dieser völlig unerwarteten Begegnung. ausgewählten Händen und strahlendem Blick ging sie auf zu: „D. Richard. — Richard — endlich!“ Kammelte sie Freude bebend

Er machte eine unruhige Bewegung, als wollte er abwehren, und mied ihren Blick.

„Warte, zwinde dich noch nicht. Ich erwarte nicht, daß du dich irgendwie bewegt fährst. Ich —“

„Richard, höre mich an. Die ganze Zeit fährst du nur an dich. Morgen wollte ich zu dir — nur kann ich es dir heute sagen — dich bitten — a, Richard —“

„Nicht bitten“, fiel er mit vor Erregung rauher ein, „daß ich dir die Freiheit wiedergebe — ich scheiden — jawohl — aber —“ er packte plötzlich Arm mit zornigem Griff und schüttelte ihn ruckend. „Weißt du denn, was ich gelitten habe? Wie aus mir gemacht hast? Wie — wie ich dich kaffe —“

Serena hörte nur eines aus seinen Worten heraus. er gelitten hatte um sie. Daß er noch litt. Wahnwitz vor Eifersucht —

Ein Strom namenloser Freude durchflutete ihre Man ist nur eifersüchtig, wo man noch liebt! Sie ließ ihren Arm in seiner Gewalt und schlang anderen um seinen Nacken.

„Ich bitte, daß du mir vergibst“, ließ sie unter und Weinen heraus, „nichts anderes. Ich war eifersüchtig — hab's solange nicht gewußt, wie lieb ich dich Richard — wie lieb!“

Nie hatte er ihre Stimme so weich und demütig gehört. Einen Augenblick stand er wie erstarrt.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenheim.

40) (Nachdruck verboten).
Worum nach München fahren und sein Bild ansehen, anstatt zu ihm gehen? Weiß er denn, daß auch du gereift bist? Daß nichts in dir so hart ist, als die Liebe zu ihm? Hast ihr euch jemals ganz und ohne Rückhalt ausgesprochen? Sie schüttelte traurig den Kopf.
„Nein, nie. Er weiß ja nichts von mir — wie trostlose Kinder waren wir, so blind und unreif, so verstrickt in Missetaten und Vorurteil...“
Wer jetzt? —
Ging er nicht fort von Schloßstadt? Wenn seine einsilbigen, blauen Augen heute kalt und feindlich in die Welt blickten — wer anders ist schuld daran, als ich?“ dachte Serena, und die Wangen wurden ihr heiß vor Reue.
In dieser Stunde der Einsicht, da alles in ihr erschüttert war, schmerzlich Richards Schuld in nichts zusammen. Sie war schuld. Sie allein.
Und sie wollte wenigstens den Versuch machen, alles wieder in richtige Bahnen zu lenken.
Nicht nach München wollte sie morgen fahren, sondern ins Palais Torby gehen und Auge in Auge mit ihm alles sagen, was sie bekränzte. Ihre Schuld, ihre Reue und — ein weicher Schimmer trat in ihre Augen — auch ihre Liebe wollte sie ihm beichten.
Wies er sie dann zurück —
Sie senkte den Kopf.
Ach, dann war er nicht der Mann, den sie in sehnsüchtigen Träumen geliebt hatte! Dann blieb ihr immer noch die Einsamkeit von San Pietro D'oro.
Langsam schlug sie den Rückweg ein. Das Blau des Himmels hatte sich mit fahlem Gelb überzogen, gespenstisches Halbdunkel herrschte unter den Bäumen. Jemandem in der Ferne grollte es dumpf und leise. Wie das Anrufen eines Raubtieres klang es durch die schallenden Lüste.
Serena beschleunigte den Schritt. Es wurde ihr plötzlich unheimlich in der regungslosen Stille dieser Einsamkeit.
Hatte sie den Weg verfehlt, daß sie noch immer nicht unter Menschen kam? Dort rechts mußte die Donau sein —

ah, die Bäume lüfteten sich, eine Wiege mit verengten Armen dehnte sich vor Serenas Augen. Nun fand sie sich auch zurecht, links von dem Hedengrün, der längs der Wiege lief, sah man schon die Bäume der Hauptallee.

Gleichzeitig erkannte sie aber auch an dem fahlen gelblichen Schein der über der Wiege lag, und an den blauegrauen brodelnden Wolkenmassen darüber, daß ein Gewitter am Himmel stand. Und sie begriff, warum es so menschenleer war ringsum.

Es war die höchste Zeit, daß sie sich nach einem schützenden Dach umfah. Von hier zur Hauptallee gab es keinen Weg. Sie mußte quer über die Wiege. Darübr und matt lagen die Gräser übereinander, ein feiner Duft entströmte den Stadiolen, bei jedem Schritt, den Serena vorwärts machte, rauschten die Halme.

Plötzlich fuhr sie erschreckt zusammen. Sie hatte die vereinzelte stehenden Algenbäume beinahe erreicht und gewahrte nun an einem der Stämme einen Mann, der, ihr den Rücken zuwendend, mit verengten Armen daran lehnte. Regungslos, wie alles ringsum, als stände kein Gewitter drohend am Himmel.

Er wurde bang vor dem einsamen Menschen an dem abgelegenen Ort. Sie wachte, daß der Prater in seinen weglassen Partien auch als Schlafwinkel für allerlei lichtschenes Gesindel galt. Selbstmörder suchten ihm auf — wenn der Mann dort.

Sie schauerte zusammen. Dann rief sie die Vernunft zu Hilfe. Vorüber mußte sie doch — vielleicht war es nur ein harmloser Spaziergänger, ein Träumer, der die Natur belauschte, wie sie selbst es auch oft getan hatte.

Er rührte sich nicht. Selbst als er ihren Schritt schon hinter sich hören mußte. Dann — sie hatte ihn beinahe erreicht — wandte er sich plötzlich um.

Serena stand plötzlich wie zu Stein erstarrt.

Der einsame Träumer war ihr Mann.

„Du!“ — war alles was sie herausbrachte.

Einen Augenblick sahen sie einander wortlos an, hart, wie gelähmt.

Dann verfinsterte sich sein Antlitz und nahm plötzlich einen schmerzlichen Ausdruck an.

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt
Heinrich Wagner Nachf.,
Limburg a. d. L., Telefon 94
Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.
Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt.

färbt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
getrennt und unzertrennt.
Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-
stoffe, Woll- und Baumwollgarne,
Leinen, Gardinen usw. in den
haltbarsten und modernsten Farben,

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
jeder Art,
Teppiche, Gardinen, Handschuhe,
Bettfedern usw.
Aufdämpfen von Sammet-Kostümen,
Aufbügeln von Herren- und Damen-
Garderobe
10/68
Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Statt Karten.

Für die anlässlich unserer VER-
LOBLUNG erwiesenen Aufmerksam-
keiten sagen wir allen Freunden und
Bekannten unseren

herzlichsten Dank.

**Jenny Loewenstein
Albert Kahn.**

Kirberg.
Limburg, April 1920. 10/90

**Bekanntmachungen und Anzeigen
der Stadt Limburg.**

Grasversteigerung.

Die Versteigerung der diesjährigen Grasnutzung in den
städtischen Wegen, Ufern, Gräben, Plätzen usw. findet am
Donnerstag den 22. April 1. J., für die linke Bahnseite,
Freitag 23. das Brückensfeld,
jedesmal 7 Uhr vormittags anfangend,
an Ort und Stelle gegen sofortige Barzahlung statt. Aus-
wärtige sind nicht zugelassen.
Sammelplatz am 22. April: an der Eisenbahnunterführung
im Eschhöferweg (gegenüber dem Postgarten), am 23. April:
an der Bahnhofsmauer.
Limburg (Lahn), den 18. April 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung betr. „das Meldewesen“.

Es ist in letzter Zeit vielfach vorgekommen, daß Personen
in Limburg zuziehen ohne sich polizeilich anzumelden, oder im
Stadtbezirk umziehen, ohne sich umzumelden, auch von hier
verziehen, ohne sich abzumelden.

Es wird deshalb wiederholt auf die Bestimmungen der
Regierungs-Verordnung über das Meldewesen vom 14.
7. 1904 aufmerksam gemacht.

Nach § 1 genannter Verordnung hat jeder, welcher seinen
Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im hiesigen Gemeindebezirk
aufgibt, vor dem Abzug oder doch spätestens innerhalb 6 Tagen
nach erfolgtem Abzuge, sich und die zu seinem Hausstande ge-
hörenden Personen, welche an dem Abzuge teilnehmen, schrift-
lich oder mündlich bei der Polizeiverwaltung hier abzumelden.

Nach § 2 ist jeder, welcher im hiesigen Gemeindebezirk
Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nimmt, verpflichtet, inner-
halb 6 Tagen sich und die zu seinem Hausstande gehörenden
Personen schriftlich oder mündlich anzumelden, auch hat er
über seine und seiner Angehörigen persönliche Verhältnisse auf
Erfordern Auskunft zu geben.

Nach § 3 ist jeder, welcher seine Wohnung innerhalb des
hiesigen Gemeindebezirks wechselt, verpflichtet, dies innerhalb
3 Tagen der Ortspolizeibehörde zu melden.

Zu den in den §§ 1-3 vorgedachten Meldungen sind
auch diejenigen, welche die betreffenden Personen als Mieter,
Dienstboten oder in sonstiger Weise aufgenommen haben, inner-
halb 6 Tagen nach dem Ab-, Zu- oder Umzuge verpflichtet,
sofern sie sich nicht durch Einsicht der bezüglichen polizeilichen
Bescheinigungen von der bereits erfolgten Meldung überzeugen
verschafft haben.

Die zu den Meldungen erforderlichen Formulare werden
beim hiesigen Einwohnermeldeamt, Rathaus Zimmer 9, unent-
geltlich verabfolgt.

Das Einwohnermeldeamt ist täglich außer Sonn- und
Feiertags von 8-12 Uhr vormittags geöffnet.

Zu den Meldungen gegen die Vorschriften betr. die An-,
Ab- und Umzüge werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark
bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende
Haft tritt.

Limburg (Lahn), den 18. April 1920. 14/90
Die Polizeiverwaltung.

Brot-Zusatzkarten.

Die Ausgabe der Brot-Zusatzkarten für die Zeit vom
12. 4. bis 9. 5. 1920 erfolgt am **Donnerstag, den 22.**
b. Mts in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und 3
bis 5 Uhr nachmittags auf dem Rathaus Zimmer Nr. 4.
Für die Schwer- und Schwerstarbeiterzulage kommen nur
Angehörige der ausführenden letzten Brotzusatzkartenausgabe
betrachteten Arbeiterkategorie in Betracht.
Limburg, den 19. April 1920. 2/90
Städtisches Lebensmittelamt.

Gustav Adolf-Verein

Bei den Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinde Lim-
burg wird in den nächsten Tagen die **Gausammlung**
für den Gustav Adolf Verein durch Mitglieder des evangelischen
Kirchenvorstandes erhoben werden. 7/90

Schwarz — Weiß — Rot

und alle anderen Farben, Lacke und Bronzen
sowie sämtliche einschlägigen Bedarfsartikel in
grossen und kleinen Mengen.

**Peter Josef
Hammer Schlag**
Limburg (Lahn)
Fernruf 60.



Drogen, Farben,
Materialwaren,
Spirituosen.
Gegründet 1843.

Nachruf.

Am Samstag den 17. April wurde unser lieber
Kamerad und Jugendfreund

August Stöppler

von hier im Alter von 27 Jahren zur letzten
Ruhe getragen.
Vor Jahresfrist erst von einem schweren Unfall
gesehen, erlag er einer erneuten Operation. Er
war uns stets ein treuer Kamerad, der sich all-
gemeiner Beliebtheit erfreute. Sein Andenken
werden wir allezeit in Ehren halten. 8/90

Seine Kameraden.

Emmerich, den 20. April 1920

In das Genossenschaftsregister ist unter Nr. 32 die Ge-
nossenschaft in Firma: **Landesproduktengenosenschaft,
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter
Haftung** mit dem Sitz in **Dauborn** eingetragen
worden. Das Statut ist am 20. Januar 1920 festgesetzt.
Gegenstand des Unternehmens ist der An- und Verkauf für
eigene und fremde Rechnung von Getreide und sonstigen Lan-
desprodukten, daraus gewonnenen Fabrikaten und Nebenerzeug-
nissen, sowie Futtermitteln und Düngemitteln und anderer landwirt-
schaftlicher Bedarfsartikel. Außerdem soll die Genossenschaft
als Bezugsvereinigung sowie als Verteilungsstelle im Sinne
der Regierungsverordnungen dienen. Zur Erreichung dieser
Zwecke ist die Genossenschaft befugt, gleichartige oder ähnliche
Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und
deren Vertretung zu übernehmen. Die Haftsumme beträgt
5000 Mark bezüglich jeden Geschäftsanteils, wovon höchstens
10 erworben werden können. Vorstandsmitglieder sind die
Kaufleute August Wilhelm Loeber in Dauborn, August
Schweitzer in Hohenau, Robert Braun in Limburg, Johann
Richter in Oberbrechen, Wilhelm Benz in Limburg. Die Be-
stimmungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft
im Limburger Anzeiger. Die Einladungen zu den General-
versammlungen, sofern sie vom Aufsichtsrat ausgehen, erläßt
der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Die Willensklärungen
des Vorstandes erfolgen durch mindestens 2 Mitglieder. Die
Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der
Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.
Die Einsicht der Liste der Genossen ist jedem während der
Dienststunden des Gerichts gestattet.
Limburg, den 20. März 1920. 5/90
Das Amtsgericht

Bekanntmachung.

Die am 30. März d. J., im Kirberger Gemeinde-
wald stattgefundene Rugholzversteigerung ist

nicht genehmigt.

Kirberg, den 20. April 1920.

Der Bürgermeister:
Dorn.

Kalk-Verkauf.

Am Freitag den 23. April, vorm. 11 Uhr wird
am **Güterbahnhof** auf Bahnhof Limburg (Lahn) ein
Wagen Kalk öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung
des Kaufpreises verkauft. 12/90

Güterabfertigung Limburg (Lahn.)

Kino. Neum. 10.

Mittwoch, Donnerstag,
Freitag

**Das Band
der
Sehnsucht**

Schicksals-Tragödie in
4 Akten.

Jugendlichen unter 17 Jahren
ist der Eintritt strengstens
untersagt. 9/90

Eingang nur Neumarkt.

Frisch eingetroffen:
**Geräth. Schellische
Kiefer Bündel
„Sprossen
Hollmops.“**

Ed. Trombetta Nachf.
Barfüßerstr. 6.

Ein noch gut erhaltenes
Fahrrad
und ein
Russenpferd

zu verkaufen. 9/90
Wo, sagt die Exped.

Mädchen od. Frau,
auch mit Kind, als Köchin
für bald sucht. 6/87
E. Romm, Hofstr. 1.

Limburgs größtes
Beerdigungs-Institut
Tel. 206

„Pietät“

Fischmarkt 31.
Reichhaltiges Lager
in Särgen
jeder Ausführung.
16/299

**Bohnenstangen
und Erbsenreiser**
offerieren

Mänz & Brühl
Limburg (Lahn)
Telefon 31.

Tüchtiges
Alleinmädchen
für bald gesucht. 6/90
Frau A. Bohr, Coblenz,
Hohenauerstr. 9b

Rudolf Wanderschau.

Hente 4 Uhr halbe Preise.

Abds. 8 Uhr: Letzte Vorstellung.
Ehren-Abend für Ssahib Nadschura.

**Einige jüngere banktech-
nisch ausgebildete Beamte**

zu möglichst baldigem Eintritt gesucht.
Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften
erbeten an 13/90

Bank für Handel und Industrie,
Niederlassung Limburg a. d. L.

Schwämme, Fensterleder

Bade-, Kinder-, Fenster-, Wagen- und
Taschenschwämme billigst.

Kleerverkauf. **J. Schupp** Grossverkauf.
Seilereie. 3/4
Tel. 277. Limburg, Frankfurterstr. 15. Tel. 277.

Feldhüter-Anzeigebücher
mit Dienstsanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulare
nach amtlicher Vorschrift
zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.